



T +41 31 3266607
E gaelle.lapique@gruene.ch

Eidgenössisches Departement
des Innern
Bundesamt für Gesundheit (BAG)
3003 Bern
Per E-Mail geschickt
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
dm@bag.admin.ch

Bern, 11. Oktober 2017

Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung haben Sie die Grüne Partei der Schweiz zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die Grünen lehnen die Gesetzesänderung ab. Dieser Artikel ist unnötig und potentiell kontraproduktiv:

- **Bereits heute hat der Bundesrat die Kompetenz, die ordentliche Franchise festzulegen bzw. auch anzupassen.** Er hat von diesem Recht in der Vergangenheit auch schon mit Mass Gebrauch gemacht (Erstfestsetzung 1996, Erhöhung 1998, Erhöhung 2004). Verglichen mit der Anfangsfranchise 1996 im Verhältnis zu den OKP-Kosten pro Versicherten ist noch kein unmittelbarer Handlungsbedarf festzustellen. Insofern ist also die Gesetzesnovelle völlig unnötig.
- **Bereits heute ist die Schweiz im Vergleich mit den anderen OECD-Staaten unter den Ländern mit den mit Abstand höchsten Out-Of-Pocket-Ausgaben.** Mit Kopfprämien, Franchisen und Selbstbehalt ist die einkommensunabhängige Belastung bereits über einer sozial vertretbaren Schwelle. Hinzu kommen die sinkenden Beiträge der Kantone an die Prämienverbilligungen, was das Sozialziel weiter untergräbt. Mit einer Erhöhung der Franchise wird der Anteil, den die Versicherten für die medizinische Versorgung tragen müssen, noch höher, was eine weitere Entsolidarisierung der Krankenversicherung darstellt. Es ist eine Verschiebung von Lasten vom Prämienzahlenden hin zum Patienten.

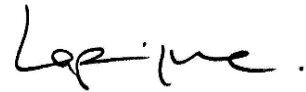
- **Die Erhöhung der Out-Of-Pocket-Ausgaben (in diesem Fall der Franchise) stellt eine Hürde für den Zugang zu medizinischer Versorgung dar**, die vor allem finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen trifft, welche tendenziell schlechtere Voraussetzungen für eine gute Gesundheit haben und daher besonders auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung angewiesen sind. Die Grünen lehnen unsoziale höhere Hürden zu medizinischer Versorgung ab, weil dies die Ziele der öffentlichen Gesundheit (*public health*) untergräbt und sogar zu unerwünschten Folgekosten führen kann.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Fraktionspräsident



Gaëlle Lapique
Fachsekretärin